

Humanistische Union

Friedensforschung in der Bundesrepublik

Ein zehnjähriges Jubiläum?

aus: vorgänge Nr. 55 (Heft 1/1982), S. 27-35

Im Jahre 1980 konnte die etablierte Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik ihr zehnjähriges Bestehen feiern. Dieses Jubiläum, das von der Öffentlichkeit kaum beachtet vorüber ging, gibt den Anlass, die heutige Situation der institutionalisierten Friedensforschung (FF) und ihrer Förderungsorganisationen in der Bundesrepublik unter die Lupe zu nehmen. Dabei fällt auf den ersten Blick die Spannung zwischen dem wissenschaftlichen Anspruch der FF und ihrer begrenzten Arbeitsmöglichkeit neben der mangelnden Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in die politische Praxis auf (1). Ich will im folgenden nicht detailliert die Ausprägungen der einzelnen Forschungshypothesen und -methoden diskutieren, sondern eher die realen Arbeitsbedingungen bundesdeutscher FF darstellen, die zwischen wissenschaftspolitischer Legitimation und parteipolitischer Opportunität ihren Weg zu Eigenständigkeit und relevanten Ergebnissen für die praktische Politik finden muss.

Friedensforschung muss kritisch sein

Dieses Spannungsverhältnis scheint gerade in der Bundesrepublik besonders ausgeprägt, da die Arbeit der Friedensforscher kaum durch ein positives Bild in der Öffentlichkeit erleichtert wird. Im Gegenteil, zahlreiche Politiker und Publizisten obstruieren diese Wissenschaftsdisziplin: F. J. Strauß verhalf der Friedensforschung im Jahre 1979 zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit im negativen Sinne, als es darum ging, den Austritt Bayerns aus der zentralen Förderungsinstitution, der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), zu rechtfertigen. Dieser Austritt kurz nach der Rüstungs-kontrolldebatte am 8. und 9. März 1979 im Deutschen Bundestag war die Konsequenz aus lange anhaltenden Protesten und pauschalen Vorurteilen gegenüber der bundesrepublikanischen FF allgemein, die permanent als linkslastig, marxistisch orientiert und antipluralistisch angeprangert wurde. Unter der Oberfläche christdemokratischer Beteuerung der Notwendigkeit einer Friedenswissenschaft machte sich indes seit Jahren Unmut breit (2): Man wollte allzu beharrliche und gut fundierte Gesellschaftskritik aus diesem Forschungsbereich nun doch nicht tolerieren, vielmehr erwarteten CDU und CSU lediglich Handlungsfunktionen für ratlose und überforderte Sicherheitspolitiker (2a).

Für diese Verunglimpfungskampagne erhalten die Unionsparteien und konservative Publizisten Unterstützung durch einige Gelehrte, die die an sich kritische FF als „Kapitulationsideologie“ (Topitsch), „institutionalisierte Verdrängung“ (Sonnemann) und „Heilsglauben unserer Zeit im Gewande der Wissenschaft“ (Tenbruck) lächerlich machen und ihr die Wissenschaftlichkeit absprechen wollen (3).

Was will Friedensforschung?

Aber zunächst soll es um die grundlegendere Frage gehen, was Friedensforschung eigentlich ist und wohin sie führen soll. Primärer Bezugspunkt der FF ist die Sicherung des Friedens zwischen Staaten, auf den sich die Ziele und die praktischen Handlungsanleitungen der Wissenschaft orientieren (4). Die Vertreter dieser Forschung stellen sich die große Aufgabe, den anhaltenden Rüstungswettkampf theoretisch zu beobachten und

kontrollierbar zu machen, ja die Teilung der Welt in zwei antagonistische Blöcke überwinden zu helfen (5). Sie versuchen mithin, die latente Katastrophe des Untergangs der Menschheit zu vereiteln. Dieses Fernziel wird allerdings heute durch näherliegende Fakten überdeckt, die eine FF notwendiger denn je erscheinen lassen: steigende Militärausgaben in Ost und West (6) trotz Abrüstungsgesprächen; wachsender Waffenexport aus den Industriestaaten in die Dritte Welt (7); nicht zuletzt kriegerische Konflikte in etlichen Zonen der Welt, die seit den 50er Jahren mehr als 10 Millionen Menschen das Leben kosteten.

Diese Fakten der wachsenden Militarisierung in Nord und Süd (8), der zunehmend blutigeren Konflikte zwischen und besonders in Staaten, verlangen nach wissenschaftlicher, also systematischer und rationaler Analyse der Ursachen und ihrer verheerenden Folgen.

Allerdings werden jene Fakten in unserer Gesellschaft geradezu verdrängt, die öffentlichen Kontroversen über die Sicherheitspolitik und die Dynamik der Waffentechnologieentwicklung schaffen, sofern sie überhaupt stattfinden, nur langsam ein mageres Problembewusstsein, das zudem auf abstrakter Ebene hängen bleibt.

Die Probleme selbst hingegen sind ganz konkret, erfordern eine fundierte Analyse aller ihrer Entstehungsfaktoren und eine praxisorientierte Umsetzung in Handlungsanleitungen für das politisch-administrative System. Dort müssten sie mehr als bisher diskutiert und in Entscheidungen transformiert werden, die das Dilemma der Rüstungsexpansion und ihrer enormen Folgekosten mit Blick auf einen dauerhaften Frieden (9) überwinden können.

Die FF untersucht in diesem Sinne Ursachen, (oft verdeckte) Erscheinungen und (oft offenkundige) Wirkungen latenter Gewaltanwendung in und zwischen Staaten; sie versucht überdies, angemessene politische Modelle zur Verhinderung dieser Gewaltanwendung zu konstruieren. Wie schwer dies ist, kann man sich vorstellen. In seinem grundlegenden Werk zur bundesdeutschen FF (das auch die Haltung der Regierungs-politik zur FF beeinflusste) stellt Kaiser fest, diese habe zum Ziel, „... mit wissenschaftlichen Methoden die Bedingungen einer friedlichen Welt, ihre Schaffung und Aufrechterhaltung zu untersuchen und eine Praxeologie zur Durchsetzung des Friedens zu entwickeln" (10). Nur ist eben dieser Friedensbegriff noch wenig konkret und darüber hinaus umstritten.

Eine detailliertere Bestimmung von FF nach ihrer Arbeitsweise schlägt Wette vor, wobei er sechs Merkmale unterscheidet (11): wiederum die Bindung an den Wert Frieden, 2. die gesamtsystemare Analyse als integrale Betrachtung aller gesellschaftlichen Bereiche, 3. eine interdisziplinäre Kooperation, 4. die meist umstrittene „wirklichkeitsverändernde Zielsetzung“, 5. die erforderliche Unabhängigkeit vom Regierungssystem und 6. von nationalen Interessen; das letzte Merkmal wird heute besonders angesichts des Waffenexports der Bundesrepublik relevant.

Friedensforschung entwickelte sich langsam

Die Friedensforschung entfaltete sich zunächst nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA, später vor allem in Skandinavien und einigen anderen europäischen Staaten. Erst seit Mitte der 60er Jahre wurde sie auch in der Bundesrepublik als selbständige wissenschaftliche Disziplin zwar noch nicht recht anerkannt, aber geduldet. Allerdings arbeiteten erst einzelne Wissenschaftler oder kleine Gruppen auf diesem Gebiet mit dem Ziel, die vielfältigen Probleme der Zukunfts- und Friedenssicherung mit wissenschaftlicher Methode zu lösen. In der Öffentlichkeit bestand damals freilich noch kein Bewusstsein von der Notwendigkeit einer institutionalisierten FF (12).

Wissenschaftler und auch einige Politiker, die an Alternativen zur praktizierten Rüstungs- und Blockpolitik interessiert waren, setzten von Anfang an große Erwartungen in die neue Disziplin und versprachen sich viel, vielleicht zu viel von ihr.

Seit Ende der 60er Jahre wurde auch die FF vom allgemeinen politischen Bewusstseinswandel erfasst und stürzte sich auf neue Forschungsaufgaben, die sie kritischer werden ließ als je zuvor. Neue Denkanstöße stellten den Status quo der Sicherheitspolitik, der gültigen Militärstrategien und der lange Zeit eingeübten

Feindbilder in Frage (13).

Initiativen zur Institutionalisierung

Die Leistungen der Friedensforschung in Westdeutschland wurden zuerst von der Sozialdemokratie, besonders von Heinemann und Brandt, erkannt und hervorgehoben. Nach zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen war es 1970 endlich soweit, dass eine Förderer und Mittelverteilungsgesellschaft für FF gegründet werden konnte. Brandt sagte bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt am 8. Juni 1970: „Die Friedensforschung hat für uns alle ... eine besondere Bedeutung. Wir alle wollen die gewaltfreie Lösung von Konflikten; die Friedens- und Konfliktforschung kann uns bei diesen Bemühungen neue Wege und neue Möglichkeiten des Handelns aufzeigen" (14).

Und Heinemann sagte in seiner Antrittsrede als Bundespräsident schon am 1. Juli 1969 zur Idee einer institutionalisierten FF: „Hilfreich wäre es, wenn auch wir der Friedensforschung, das heißt einer wissenschaftlichen Ermittlung nicht nur der militärischen Zusammenhänge zwischen Rüstung, Abrüstung und Friedenssicherung, sondern zwischen allen Faktoren, also z.B. auch den sozialen, den wirtschaftlichen und den psychologischen, die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden würden (15).“

Die Forderung hat ihre Aktualität nicht eingebüßt, im Gegenteil, sie ist heute wichtiger denn je. Nach Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung vom 30. Mai 1970, die sich vor allem auf Kaisers Buch aus demselben Jahr stützten, wurde die DGFK als zentrale Fördergesellschaft am 28. Oktober 1970 gegründet (16).

Kritische und traditionelle Friedensforschung

Dass man die Friedensforschung schon bald in traditionelle (seit den Jahren des Kalten Krieges) und kritisch-emanzipatorische (seit Ende der 60er Jahre) unterteilte, konnte kaum überraschen und führte zu starkem Zulauf für die letztere Gruppe von Wissenschaftlern. Seit Ende der 70er Jahre versucht man, den Dialog zwischen traditioneller und kritischer FF zu intensivieren, um eine Synthese auf der Ebene des Praxisbezugs jener Theorierichtungen zu erhalten. Kurz-, mittel- und langfristige Optionen für einen zukünftigen, inter- und intragesellschaftlichen Frieden sollen dadurch vereint werden können (17). Allerdings sind die Wege, die die beiden Gruppen (die Kategorisierung ist freilich nur idealtypisch) methodisch beschreiten, und die Ziele, die sie anvisieren, recht unterschiedlich (18).

So analysiert die traditionelle Friedensforschung in erster Linie die Bedingungen des „negativen Friedens“ (Abwesenheit von Krieg), also primär die Ursachen für Konflikte zwischen Staaten und Blöcken (Kriege). Ihre Beeinflussung durch den aus den USA Importierten Idealismus (19) begründete die transdisziplinäre Orientierung und die Auffassung von einer Konfliktsymmetrie zwischen Staaten, die im Rahmen einer Strategie des Krisenmanagements erhalten werden soll.

Die kritische Friedensforschung andererseits sucht nach den Bedingungen eines „positiven Friedens“, d.h. der Freiheit und Gerechtigkeit zwischen und auch in Staaten (20). Dieser innerstaatliche Friede wurde durch die Theorie der „strukturellen Gewalt“ (Galtung) problematisiert, wobei wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und allgemein innergesellschaftliche Konflikte (vor allem in Staaten der Dritten Welt) in den Vordergrund der Forschung gerückt werden (21).

Die interdisziplinäre Orientierung (22) erleichterte der kritischen Variante der FF die Formulierung neuer Problemfelder, wie: das Verhältnis zwischen Großmächten und kleinen Staaten, der Nord-Süd-Konflikt, das Verhältnis zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“, die Dekolonialisierung u.a. (23).

Die theoretische Basis für diese Themenerweiterung bietet die Auffassung einer grundsätzlichen Konfliktsymmetrie durch ungleiche Machtverteilung zwischen und in Staaten, wobei oft konkrete Utopien zur Überwindung dieses generellen Machtungleichgewichts in politische Handlungsanweisungen übergehen.

Die kritische FF ließ sich leicht, das war nicht anders zu erwarten, in eine die systemverändernde, gewaltlose Emanzipation propagierende Gruppe (24) und in eine revolutionäre, Gewalt legitimierende Gruppe (25) untergliedern. Letztere Richtung wird heute von den wenigsten Forschern in der Bundesrepublik vertreten, hingegen von der DDR-Forschung relativ positiv bewertet: „Darin zeigt sich in gewissem Umfang der von der objektiven Realität ausgehende Zwang zur Beseitigung völlig irrealer Darstellungen durch bürgerliche Denker, auch wenn dabei klassen- und systemneutrale Tendenzen auftreten ...“ (26) und Ideen des „Maoismus“ übernommen würden (27).

Probleme der Friedensforschung

Indessen meldeten sich nicht nur Kritiker von links, sondern seit den Anfängen der Friedensforschung auch solche von rechts, zumeist Publicity suchende Politiker, die sich über die Arbeit der Friedensforscher schlecht informiert hatten und über das vorgeblich verlorene Geld für deren Förderung lamentierten (28). Wengleich einer der wichtigsten Vertreter der westdeutschen FF diese als „provokative Forschung“ (29) bezeichnete, die Wissenschaftler und Politiker zugleich herausfordern müsse, war die Disziplin schon bald überfordert. Die Synthese verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, eine Systemanalyse auf höchster Ebene mit gleichzeitiger Praxisbezogenheit waren allzu große Aufgaben für die junge, kaum etablierte Forschung. Jene Provokation war dessen ungeachtet von Anfang an beabsichtigt und sollte als Herausforderung an eine tolerante offene Gesellschaft verstanden werden. Kritik an der FF wurde gesucht und akzeptiert, um eine konstruktive Diskussion der Forschungsergebnisse in der Wissenschaft sowie zwischen ihr und der praktischen Politik zu beleben. Nicht zuletzt sollte jeder Bundesbürger auf die Probleme der Friedensforschung hingewiesen werden, um dadurch eine breite Basis in der Bevölkerung zur Unterstützung von adäquaten Lösungsvorschlägen zu erhalten (30).

Die Diskussion innerhalb der Wissenschaft lief auch tatsächlich an, man stritt über Sachfragen und Begriffsbestimmungen. Die sachliche Auseinandersetzung mit der praktischen Politik in angemessener Form fehlt jedoch bis heute, da stressgeplagte Politiker sich kaum um die Forschungsergebnisse der FF kümmern, geschweige denn sie als Alternative zur eigenen Politik anerkennen. Verständnisschwierigkeiten wegen allzu komplizierter Ausdrucksweise der Wissenschaftler dienen weithin als Ausrede für fehlendes Interesse an unkonventionellen Forschungsergebnissen.

Als Folge dieser Restriktion wurde Friedensforschung Mitte der 70er Jahre pragmatischer definiert als „... forschungspolitisches Programm, das mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Theorieansätze und Methoden verwirklicht werden soll“ (31). Die vormals so breit angelegte Provokation wurde akademisiert, bürokratisiert und ist bis heute einer weitgehenden Anpassung an vorgegebene Bedingungen der Politik gewichen. Die Forschung vermeldet nun weitgehend experimentelle Ansätze und verliert langsam, aber sicher den anfänglichen Elan.

Die Friedensforscher versuchten trotz ihres unbequemen Standortes zwischen allen Stühlen dazu beizutragen, die Probleme von Frieden und Gerechtigkeit und die oft unpopulären Lösungsvorschläge publik zu machen. Sie wiesen konsequent auf die Verantwortung jedes Politikers, jedes Wissenschaftlers, ja auch jedes Bürgers für die Überwindung jener Probleme hin und blieben dennoch bislang ziemlich wirkungslos. So weist etwa Groten ernüchtert und desillusionierend nach, dass die Kritik des Abschreckungssystems zwischen den politischen Blöcken „... in der Öffentlichkeit keine Resonanz gefunden“ habe (32).

Die DGFK als zentrale Institution

Um all jene restriktiven Bedingungen der Forschungsarbeit und ihrer praktischen Umsetzung zu überwinden, wurde eine zentrale Förderung der Friedensforschung und der Öffentlichkeitsarbeit alsbald dringend notwendig. Die zu diesem Zweck 1970 gegründete DGFK wurde eine komplizierte institutionelle

Konstruktion, was ihren Kompromisscharakter als Ausdruck divergierender Interessen der politischen Parteien und der gesellschaftlichen Gruppen hervorhebt. Durch sie sollte die Forschungsförderung, bislang nur im wissenschaftlichen Elfenbeinturm praktiziert, systematisch an die Öffentlichkeit gebracht und ihrer Kontrolle ausgesetzt werden.

Laut Satzung hat die DGFK die Aufgabe, „... die Friedens- und Konfliktforschung zu fördern sowie zur Verbreitung des Friedensgedankens beizutragen. Die Gesellschaft entwickelt Programme zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung und zur Verbreitung des Friedensgedankens und unterstützt deren Durchführung durch die Bereitstellung von Mitteln“ (33).

Ihre Mitglieder und Träger sind: Bund und Länder DGB, DAG, BDI, BDA, EKD, Katholische Kirche und der Zentralrat der Juden. Die Versammlung der Vertreter dieser Träger entscheidet einmal im Jahr über Haushalt, Entlastung des Vorstands, Satzungsänderungen und den Jahresbericht.

Die Förderungspolitik selbst legt ein Kuratorium aus 16 Vertretern der Wissenschaft und ebenso vielen Vertretern der Parteien und gesellschaftlichen Gruppen fest. Die Kuratoriumsmitglieder werden nach drei Jahren neu berufen, ein Drittel der Wissenschaftler wird sogar jährlich für drei Jahre neu berufen. Durch dieses Rotationsprinzip wird erstens Filzokratie vermieden und zweitens der Gremienpluralismus gewahrt, der eine ebenfalls pluralistische Förderungspolitik nach sich zieht.

Die Wissenschaftler werden von einem Konzil vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten berufen; ein Drittel der 50 Mitglieder des Konzils werden alle zwei Jahre kooptiert. Die DGFK selbst hat keinen Vorsitzenden, aber einen für fünf Jahre gewählten Geschäftsführer bzw. Vorstand (34).

Über die einzelnen Förderungsprojekte, die in den unregelmäßig erscheinenden DGFK-Informationen ausgewiesen werden, entscheidet eine Förderungskommission. Ihre 12 Mitglieder werden zur Hälfte vom Kuratorium, zur Hälfte vom Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) benannt, um auch die Verbindung zu dieser Förderungs-gemeinschaft zu festigen. Dieser Kommission gehörten bis 1978 nur Wissenschaftler an, die über den wissenschaftlichen Wert anstehender Projekte kompetent und ohne außer wissenschaftliche Rücksichten oder Vorurteile entscheiden konnten. Seit der Ministerpräsidentenkonferenz vom 19. Oktober 1978 aber wurde dieses Prinzip dahingehend geändert, dass weiterhin auch Ländervertreter in der Kommission Stimmrecht haben und so eine vermeintlich einseitige Wissenschaftsorientierung verhindern sollen (35).

Die DGFK wird zu 80 % durch den Bund und zu 20 % durch die Länder und andere finanziert, wobei schon 1975 das Saarland und 1979 Bayern und Niedersachsen austraten. Die Mittel stiegen von 1970 1,2 Mio. DM auf 1971 2,9 Mio. DM, stagnierten bis 1977 bei 3,4 Mio. DM und umfassten 1979 3,6 Mio. DM. Im Jahre 1979 trugen davon der Bund 2,9 Mio. DM, die Länder 726 000 DM und die Katholische Kirche 10 000 DM (36).

Seit Beginn der Förderung im Jahre 1971 bis 1979 gab die DGFK insgesamt 22 Mio. DM für 220 wissenschaftliche Arbeiten, Tagungen und Veröffentlichungen aus, während sie 190 Förderungsanträge, mithin fast die Hälfte der vorgelegten Anträge ablehnte. Die Entwicklung eines Senkrechtstarters kostete circa 1,5 Mio. DM (ohne die enorme Kostensteigerung, die auf uns zukommt), und das Land Bayern hat mit seinem Austritt der DGFK 120 000 DM entzogen, so dass die institutionalisierte FF 1979 weniger Mittel zur Verfügung hatte, als zwei moderne Leopard-Panzer kosten.

Aufgrund der knappen Mittel mussten Prioritäten gesetzt werden: Die Schwerpunkte der Förderung durch die DGFK waren einerseits der Ost-West-Konflikt („Friedenswahrung und Übergangsstrategien in Europa“), andererseits der Nord-Süd-Konflikt („Konflikte zwischen westeuropäischen Industriestaaten und Entwicklungsländern und deren friedliche Überwindung“).

Die Förderungskommission koordinierte hierzu systematisch die Projekte und die Geschäftsführung ließ die Forschungsergebnisse in praxisorientiertes Material für Politik und Gesellschaft umsetzen (37). Aufgrund ihrer Leistungen ist die DGFK mittlerweile (sie musste die Vernachlässigung der FF in der Bundesrepublik aufholen) im In- und Ausland anerkannt, ist Anlaufstelle für Wissenschaftler und zahlreiche Politiker, und kooperiert mehr und mehr mit der UNO oder der UNESCO (38).

Neben dieser zentralen Institution der Friedensforschung bestehen freilich noch etliche Organisationen, die sich die Förderung der Analyse und Verbreitung des Friedensgedankens zur Aufgabe gemacht haben; auf

diese Institutionen soll hier nicht weiter eingegangen werden (39).

Das politische Vorgehen gegen die DGFK

Eine der wichtigsten Ursachen für den mangelhaften Dialog zwischen Wissenschaftlern und Politikern bzw. Beamten scheint nicht zuletzt die bereits angesprochene, ablehnende Haltung der CDU/CSU und der konservativen Publizistik gegenüber der FF zu sein.

So verurteilen Unionspolitiker planmäßig die Förderungspolitik der DGFK und die von ihr protegierten Forschungen als radikale Systemveränderung und wähen den gesamten Wissenschaftsbetrieb marxistisch unterwandert (40). CSU-Politiker sprechen von „linker Schlagseite“ (Bayern-Kurier vom 14. April 1979) und „marxistischen Projektarbeitern“ (Anton Pfeifer), der niedersächsische CDU-Politiker Pestel und natürlich F. J. Strauß unterstellen prompt „mangelnden Pluralismus“ in der DGFK und ihren Gremien. Einzelne Forschungsprojekte werden von den Unionsparteien eingehend und vorurteilsvoll analysiert und kritisiert als marxistische Machwerke (womöglich von Moskau gesteuert?); diese punktuelle Kritik, die keineswegs wissenschaftlich fundiert ist, übertragen CDU und CSU sodann auf die gesamte Institution DGFK. Heinemann hat diese Praktiken schon 1970 gesehen; er sagte am 28. Oktober 1970: „Wir dürfen es nicht zulassen, dass eine wissenschaftliche Disziplin, von der viel für die Zukunft abhängen kann, von solchen in Acht und Bann getan wird, denen sie einfach nicht in ihr Weltbild passt“ (41).

Austritte als Konsequenz

Das Bundesland Bayern machte schon 1976, nach dementsprechenden Artikeln im „Bayern-Kurier“, den Vorschlag, die Arbeit der DGFK überprüfen zu lassen. Die Folgen der Überprüfung (die Kriterien sind unbekannt) wurden durch den Beschluss der Ministerpräsidenten vom 19. Oktober 1978 bekannt gegeben, der in der Forderung gipfelte, in der Förderungspolitik sei der „politische Pluralismus zu gewährleisten“ (42). Um die Effektivität der Arbeit oder deren praktisch-politische Auswirkungen ging es also nicht, ganz davon abgesehen, dass politischer Pluralismus seit jeher gewahrt wurde.

Bevor die DGFK überhaupt angemessen reagieren konnte, kündigte der bayerische Ministerpräsident F. J. Strauß die Mitgliedschaft am 30. März 1979, noch vor Ablauf einer Frist für die DGFK. Die Gründe wurden nachgereicht: die DGFK werde wahrscheinlich die Forderungen der Ministerpräsidenten nicht erfüllen, die Verwaltungskosten seien zu hoch, und andere nachgeschobene Ursachen (43).

Bereits im Mai 1979 wurde die Satzung der DGFK den Forderungen entsprechend geändert (44), die Frist reichte bis Dezember 1979. Obschon im August 1979 dann die Erfüllung des Verlangten den Ländern schriftlich mitgeteilt worden war, trat im September 1979 das Land Niedersachsen von der Mitgliedschaft in der DGFK zurück mit der nun wirklich unverständlichen Begründung, die Fördergesellschaft erfülle die Forderungen der Ministerpräsidenten nicht (45).

Die Entscheidung Albrechts wurde also keineswegs überzeugend begründet, im Gegenteil, falsche Annahmen über die Arbeit der DGFK und mangelnde Informationen zogen schließlich den weittragenden Entschluss des Austritts nach sich. Die Unionsparteien, von der Wichtigkeit der Friedensforschung angeblich überzeugt, verlangen nun die Förderung durch die DFG, um nicht der Ablehnung jedweder FF bezichtigt werden zu können. Indessen kann die DFG kaum Forschungsprojekte initiieren, geschweige denn alternative Wissenschaftsansätze fördern. Zudem ist FF keine eng begrenzte Disziplin wie die übrigen von der DFG geförderten Wissenschaftsbereiche, die zweckgebundene Mittel ohne weiteres entgegennehmen können. Dies wird der CDU/CSU wohl bewusst gewesen sein, zumal die DFG selbst eine eigenständige FF favorisiert.

Die teilweise arg widersprüchliche Argumentation der Unionsparteien in Bund und Ländern ist ausschließlich parteipolitisch begründet, weder an speziellen Projekten orientiert noch wissenschaftspolitisch

haltbar. Der niedersächsische Kultusminister Pestel hat dies besonders deutlich gemacht, als er feststellte: „Jemand der weiß; wie die DGFK entstanden ist, der weiß auch, dass es höchste Zeit ist, dass die Forschungsförderung in die Hände der allgemeinen Forschungsförderung gelegt wird“ (46). Die parteipolitische Stoßrichtung ist evident: Die von Sozialdemokraten besonders begrüßte und initiierte Institutionalisierung der Förderung der FF wird angeprangert als Mittel der Gesellschaftsveränderung, des Kampfes gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ (47). Wissenschaftler werden verunsichert und die vor allem im Ausland anerkannte DGFK in eine politische Ecke gedrängt, in der sie angeblich linkslastig arbeitet und einseitig festgelegt sei. Die Tatsachen aber sprechen dagegen (48). Parteipolitische Opportunität scheint zu obsiegen und der bundesdeutschen Friedensforschung erheblichen Schaden zufügen zu können, da sie finanziell abhängig ist. Ginge es nach den Wünschen der Unionsparteien, so müsste die Förderung der FF weitgehend eingeschränkt werden, um einen lästigen Bereich öffentlicher Kritik an bestehenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen Mund tot machen zu können.

Mehr Praxisorientierung ist notwendig

Der Praxisbezug der Friedensforschung muss verbessert werden, darüber ist sich auch die DGFK im klaren (49). Neben dem praxisorientierten Teil der DGFK-Arbeit rief der Kuratoriumspräsident Jacobsen beispielsweise im letzten Jahr umfassende Dialoge zwischen Wissenschaftlern und Politikern sowie zwischen Vertretern traditioneller und kritischer Friedensforschung ins Leben (50). Aber der insoweit bestehende, wenn auch qualitativ veränderte Praxisbezug, den Politiker meist ignorieren, darf nicht die Einstellung der FF überhaupt recht fertigen. Die Sozialwissenschaften benötigen ein geraumes Potential an theoretischer Grundlagenforschung, um alternative Forschungs- und Erklärungsansätze zu ermitteln und zu operationalisieren. Erst diese theoretische Basis ermöglicht praxisbezogene Einschließung solcher Ansätze, die bislang noch nicht im erforderlichen Maß geleistet wird, Friedensforschung braucht die Freiheit, Fragen stellen zu können, die bestehende Strukturen und Hypothesen problematisieren (51).

Öffentlichkeit und Politik müssen darauf aufmerksam gemacht werden, dass in Zukunft nicht weniger, sondern mehr FF benötigt wird, um durch Institutionen wie die DGFK alle Bundesbürger von der Dringlichkeit der Friedenssicherung und der Abrüstung zu überzeugen. Die DGFK hat bereits viel geleistet, und sie wird noch viel mehr leisten müssen; hierzu braucht sie unsere Unterstützung. Die SPD hat auf ihrem Parteitag 1979 diese Unterstützung zugesagt und weitergehende Vorschläge zum Ausbau der bundesrepublikanischen FF gemacht (52). Da diese aber nicht ohne den jetzt schon sicheren Widerstand von Seiten der konservativen Parteien, Publizistik und militärischer Kreise realisiert werden können, kommt es darauf an, jeden Bürger für potentielle Schritte zur Friedenssicherung und deren wissenschaftlicher Grundlegung zu

sensibilisieren. Angesichts wachsender Schwierigkeiten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik (53) muss die Spannung zwischen wissenschaftspolitischer Legitimation und parteipolitischer Opportunität überwunden werden. Dass dies möglich ist, beweist die Friedensforschung in den skandinavischen Staaten, in denen sie zwar Politikberatungsfunktionen innehat, nicht aber zum Krisenmanagementlieferant instrumentalisiert ist. Daneben sollte die Aufgeschlossenheit gegenüber wissenschaftlich fundierten Modellen und Analysekapazitäten, die immer auch kritisierbar bleiben müssen, auch in militärischen Kreisen verstärkt werden (55).

Die wieder entdeckten, fast alltäglich gewordenen Phänomene wie Widerstand gegen Abrüstungsverhandlungen wegen vermeintlicher Bedrohung, Forderungen nach immer neuen, qualitativ verbesserten Waffensystemen und deren Export in politisch labile Staaten, schließlich die Aufwertung des Militärischen in unserer Gesellschaft, sollten wirklich der Vergangenheit angehören.

Die Stabilisierung der Arbeit der Friedensforschung kann ein Beitrag hierzu sein, ohne dass sie zum Handlanger für technokratische Regierungspolitik degeneriert. Erst dann wird sie ihren Weg zwischen wissenschaftspolitischer Legitimation und parteipolitischer Opportunität finden können, der zur

Verhinderung von Gewalt zwischen und in Staaten beiträgt.

Verweise

1 Vgl. zuletzt Wilhelm Bruns, Themenbereich Abrüstungspolitik, in: Neue Gesellschaft Jg. 28 1981 H.3, S. 285ff., der zu seiner Literaturübersicht abschließend feststellt, die Abrüstung sei das „Notwendige, das zwar in der Theorie möglich, aber in der Praxis schwierig zu realisieren ist“ (S. 288); ähnlich Wilfried v. Bredow, Neuere Literatur aus der Friedensforschung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 23 1978 H.5, S. 603 ff.; auch Hans Günter Brauch, Entwicklungen und Ergebnisse der Friedensforschung, in: Neue Politische Literatur NPL Jg.23 1978 H.1, S. 71 ff.:

2 Vgl. „Der Dolch steckt in der Leiche“. Westdeutsche Friedensforschung im Widerstreit der Parteipolitik, in: SPIEGEL Jg.33 1979 H.34, S. 30 ff.; so auch Frank Nieß, Kleinkrieg um die Friedensforschung, Sendung im Süddeutschen Rundfunk 22. März 1980.

2a In diesem Sinne soll auch die Öffentlichkeit stärker beeinflusst werden, denn: „Die offenen, freien Gesellschaften, in denen kritische Fragen an die Staatspolitik gerichtet werden . . . haben es schwerer, die Notwendigkeiten einzusehen oder wenigstens hinzunehmen ...“! So Lothar Ruehl, Das öffentliche Bewusstsein als politische Größe, in: Clausewitz-Gesellschaft (Hg), a.a.O., S. 267; vgl. zum tatsächlich unbefriedigenden öffentlichen Bewusstsein Ralf Zoll, Sicherheitspolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik - Erkenntnisse aus empirischen Studien, in: ders. (Hg), Wie integriert ist die Bundeswehr? Zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft in der Bundesrepublik, München 1979, S. 166 ff., der für Mitte der 70er Jahre zu dem erschütternden Ergebnis gelangt in der Bundesrepublik gibt es keine politische Öffentlichkeit zum Gegenstand Sicherheitspolitik und Streitkräfte“, S. 181. Allerdings hat sich dieser Befund bis 1981 sicherlich etwas geändert, man spricht jetzt allenthalben von der Krise der Sicherheits- und Verteidigungspolitik . .

3 Vgl. Manfred Funke (Hg), Friedensforschung - Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn 1978, S. 425 ff.; v. Bredow, in: Blätter, a.a.O.

4 Zu diesem Zweck wird versucht, verschiedene Wissenschaftsdisziplinen zu verknüpfen, u.a. Politologie, Soziologie, Politische Ökonomie, Sozialpsychologie; vgl. Ekkehart Krippendorff (Hg), Friedensforschung, Köln, Berlin 1968, bes. S. 13-23; Wolf Dieter Eberwein, Peter Reichel, Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, München 1976, S. 67 f.f.; Hubert Groten, Friedensforschung - Anspruch und Praxis, Baden-Baden 1977, S. 32 f.f.; zur historischen FF: Hartmut Soell, Zur historischen Dimension der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik, in: Archiv für Sozialgeschichte A.f.S. B.d. XVI 1976, S. 501 f.f. m. viel Literatur.

5 Diese Bipolarität schien in den 70er Jahren angesichts der Erfolge der Entspannungspolitik der Vergangenheit anzugehören, man sprach von zunehmender Multipolarität. Zu Beginn der 80er Jahre scheint ein Rückschritt zum Blockdenken bewusst in Kauf genommen zu werden.

6 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute SIPRI (Hg), Rüstungsjahrbuch 80/81, gekürzte Fassung, Reinbek b Hamburg 1980, S. 35 Peter Sonnet, Finanzielle Abrüstung - Chance oder neue Illusion? in: Vorgänge Jg.19 198/ H.516, Nr. 47148, S. 19 ff.

7 Vgl. Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um ab zurüsten? Informationen zur Lage, Reinbek b Hamburg 1980, S. 259 ff.

8 Weitere Fakten in SIPRI (g), Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch, Reinbek b Hamburg 1977.

9 Vgl. zum umstrittenen Friedensbegriff Ernst-Otto Czempiel, Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung. München 1972; Johan Galtung, Modelle zum Frieden. Methoden und Ziele der Friedensforschung, Wuppertal 1972; Reimer Gronemeyer, Frieden. Reihe Grundwerte B.d. 3, Baden-Baden 1978; jetzt; im Zusammenhang mit der Clausewitz-Renaissance. Hans Apel, Vom Kriege - Vom Frieden. Zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Clausewitz-Gesellschaft e.V. (Hg), Freiheit ohne Krieg? Beiträge zur Strategie-Diskussion . . . , Bonn 1980, S. 13 f.f.; zu kurzfristigen Friedensvorstellungen im Rahmen der Abschreckungspolitik Rolf F. Pauls, Friedenssicherung durch ein freiheitlich integriertes Bündnis, in: e.b.d, S. 111ff.

10 Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970, S. 31; vgl. zu dieser Studie die umfassende Besprechung von Alfred Walter, in: Probleme des Friedens Info Jg.10 1975 H.5-8, S. 31 ff.

11 Vgl. Wolfram Wette, Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte

einer Kooperation, in: Funke (Hg), Friedensforschung, a.a.O., 5.143 f.

12 Vgl. Kaiser, Friedensforschung, a.a.O., 5.136 f.f.; Karlheinz Koppe, Die . Friedensforschung wartet auf den Dialog, in: NG Jg.24 1977 H.3, S. 220ff; Eberwein/Reichel, Friedens- und Konfliktforschung, a.a.O., S. 39 ff.

13 Vgl. exemplarisch Dieter Senghaas, Aufrüstung durch Rüstungskontrolle, Stuttgart 1972; Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung HSFK (Hg), Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik. 9 Bde. Frankfurt 1977.

14 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg), Bulletin Nr. 80, 1970, S. 798.

15 Bulletin Nr. 87, 1969, S. 749; zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns sagte Heinemann über Rundfunk: „Der Krieg ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis menschlichen Handelns. Deshalb gilt es, diesem Handeln auf die Spur zu kommen“, in: Bulletin Nr. 11 1 , 1969, S. 945.

16 Vgl. die Satzung der DGFK vom 30. März 1971, in: DGFK-Hefte Nr. 1, S. 5 ff.; zur Gründung auch Hermann Pfister, Alfred Walter, Friedensforschung in der BRD Teil 1, in: Probleme des Friedens - Info Jg.9 1974 H.9-12.

17 Vgl. zur wissenschaftlichen Diskussion Funke (Hg), Friedensforschung, aa0.; Gertrud Kühnlein, Die Entwicklung der kritischen Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1978; Hans-Günter Brauch, Entwicklungen und Ergebnisse der Friedensforschung (1969-1978), Frankfurt 1979; beispielhaft zur Diskussion über Begriffe die Kontroverse über den Gewaltbegriff zwischen E. Jahn und P. Graf Kielmannsegg in: DGFK-Informationen 1979 H.1 u 2, 1980 H.1, „Forum“.

18 Vgl. Reinhard Meyers, Weltpolitik in Grundbegriffen, B.d. I, Düsseldorf 1979, S. 37 f.f.; David J. Dunn, Peace Research, in: Trevor Taylor (Hg), Approaches and Theory in International Relations, London 1978, S. 257 ff.

19 Vgl. Reinhard Meyers, Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Düsseldorf 1977, S. 44 ff.

20 Vgl. Fritz Vilmar, Systematischer Entwurf zur Kritischen Friedensforschung, in: Dieter Senghaas (Hg), Kritische Friedensforschung, Frankfurt 1977, bes. S. 371 ff.

21 Vgl. Johan Galtung, Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: ders, Strukturelle Gewalt, Reinbek b Hamburg 1975, 5.10 ff.; die angewandte Theorie exemplarisch in Dieter Senghaas (Hg), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1976, bes. S. 29-104.

22 Vilmar nennt „5 Abteilungen“ der Friedensforschung, die verknüpft werden: Sozialgeschichte, Ideologiekritik, Sozialpsychologie, Praxeologie und Friedenspädagogik, vgl. Vilmar, Systematischer Entwurf, a.a.O., S. 371.

23 Vgl. Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, B.d.I: Bedrohungsvorstellungen als Faktor der internationalen Politik, Düsseldorf 1971; B.d. III: Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Düsseldorf 1973; B.d. IV: Friedensforschung und Entwicklungspolitik, Düsseldorf 1975; B.d. V: Rüstung und Militär in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1977; B.d. VI: Konflikte in der Arbeitswelt, Waldkirch 1977.

24 Vgl. die Erklärung zur Friedensforschung in: Senghaas (Hg), Kritische Friedensforschung, a.a.O., S. 416 ff.

25 Vgl. Lars Dencik, Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung in: e.b.d., S. 247ff.

26 Alfred Bönisch, Wolfgang Steinke, Bürgerliche Friedensforschung. Probleme, Widersprüche, Tendenzen, Frankfurt 1974 (Berlin-Ost 1973), S. 31.

27 Vgl. Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin Ost 1977, S. 196.

28 Vgl. Karlheinz Koppe, Friedensforschung im Spannungsfeld der Politik: Die Auseinandersetzung um die DGFK, in: Politische Vierteljahresschrift PVS Jg. 21 1980 H.1, S. 97 ff.

29 Vgl. Ernst-Otto Gempel, Friedensforschung ist provokative Forschung, in: DGFK-Informationen 1974, H.1-2.

30 Vgl. Koppe in NG, a.a.O., S. 222.

31 Eberwein/Reichel, a.a.O., S. 69.

32 Groten, Friedensforschung, a.a.O., 5.129 f; vgl. Karl W. Deutsch, Ab-schreckungspolitik und gesellschaftliche Ordnung, in: Jahrbuch B.d. 1, a.a.O., S. 41 ff.

33 Satzung der DGFK e.V. § 2 Abs. 1, in: DGFK-Hefte Nr. 1 (Stand Juni 1980), S. 5.

34 Vorstand: Karlheinz Koppe, Vorsitzender des Kuratoriums seit 1,1. 1980: Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen, Vorsitzender der Förderungskommission: Prof. Dr. Jost Deibrück. .

35 Die Kommission wurde ohnehin seit 1975 von Vertretern des Bundes, der Länder, der gesellschaftlichen

Gruppen und der DFG beraten!

36 Vgl. Jahresbericht 1979, in: DGFK-Informationen 1/1980, S. 5ff, die anderen gesellschaftlichen Gruppen überlassen die Finanzierung der öffentlichen Hand.

37 Vgl. als Beispiele die seit 1978 herausgegebenen DGFK-Papiere für die Praxis (PP) und die praxisorientierten DGFK-Hefte.

38 Vgl. Forschung für den Frieden, 5 Jahre DGFK. Eine Zwischenbilanz, Boppard 1975.

39 Hier sind zu nennen: die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung AFK, die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSFK (vgl. zu deren zehnjährigem Bestehen FAZ v. 8.8. 1980 u. A.A. Guha in FR v. 8.8.1980), das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Universität Hamburg IFSH und schließlich das Max-Planck-Institut Starnberg, das 1980 weitgehend lahm gelegt wurde (vgl. hierzu G. Picht in Die ZEIT v. 7.3.1980, J. Herbig in Der SPIEGEL Nr. 19 v. 5.5.1980).

40 Vgl. Koppe in: PVS, a.a.O., 5.103, Anm. 2-5.

41 Bulletin Nr. 148, 1970, S. 1561.

42 Vgl. den Wortlaut in: DGFK-Informationen 1/1979, 5,2.

43 Vgl. die Landtagsdebatte um den Austritt Bayerns in: Bayerischer Landtag, 9. Wahlperiode, Stenogr. Bericht der 45. Sitzung, 20. Dezember 1979; Vorwärts Nr. 37, 1979, S. 15.

44 Vgl. zu den praktischen Folgen den Jahresbericht 1979 in: DGFK-Informationen 1/1980, S. 5 ff.

45 Vgl. DGFK-Informationen 2/1979, S. 3ff.

46 Niedersächsischer Landtag, 9. Legislaturperiode, Stenogr. Bericht, Sp. 2361.

47 Dass die „Verfassungsväter“ sich eine andere Richtung deutscher Friedenspolitik wünschten, zeigt zuletzt Götz Frank, Der Friedensauftrag in der Wehrordnung des Grundgesetzes, in: Friedensanalysen 14, Frankfurt/M 1981, 5.106 ff.; außerdem Dieter S. Lutz, „Positiver Frieden“ als Verfassungsauftrag, in: Friedensanalysen 6. Frankfurt 1977, 5.178 ff.

48 Vgl. den Leserbrief Prof. Jacobsens in Die Zeit v. 6.6.1980.

49 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Friedensforschung und politische Praxis, in: DGFK-Informationen 1/1980, S.1 ff.; Richtlinien zur Praxis-Bezogenheit der DGFK-Arbeit in DGFK-Informationen 2/1979, S. 5, nach denen die Förderungskommission aufgerufen ist, a) die Praxis-Relevanz der Fragestellung eines Projekts zu prüfen, b) die Durchführung zu kontrollieren und c) die Praxis-Kontakte darstellen zu lassen.

50 Vgl. Manfred Funke, Frieden und Entspannungspolitik, in: Bonner Universitäts-Nachrichten Jg.13 1980 Nr. 139, S. 23f, der die Bilanz einer von Prof. Jacobsen initiierten und organisierten Ringveranstaltung zieht. Die Veranstaltung im Sommersemester 1980 an der Uni Bonn unter dem Titel „Frieden und Entspannungspolitik in unserer Zeit - Bestimmungsfaktoren und Perspektiven“, umfasste drei Vorträge (Prof. K.W.Deutsch/Harvard, Dr. Sulek/Warschau und Prof. Domes/Saarbrücken) sowie eine Podiumsdiskussion mit Dr. Alois Mertens (CDU), Kurt Jung (FDP) und Karsten Voigt (SPD) sowie Prof. Gerda Zellentin, Dr. J. Joffe und W.v.Raven unter dem Thema „Entspannung - Chancen und Gefahren“, die viele Zuhörer fanden. Jacobsen schlägt weiterhin Studiengruppen vor, die Wissenschaftler und Politiker an einen Tisch bringen sollen, vgl. General-Anzeiger v. 25.4.1980; auch die Vorschläge von Erhard Rosenkranz, Die Lücke zwischen Theorie und Praxis in der Rüstungskontrollpolitik, in: Wolfgang Fechner, Dieter O.A.Wolf (Hg), Sicherheit und Frieden. Politik zwischen Verteidigung und Rüstungskontrolle, Bonn 1979, bes. 5. 202f.

51 Vgl. Dieter Senghaas, Friedensforschung Theoretische Fragestellungen und praktische Probleme, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, B.d. II: Friedensforschung und politische Praxis, Düsseldorf 1972, 5.10 ff.

52 Vorstand der SPD (Hg), Dokumente. Beschlüsse zur . . . Friedens-und Sicherheitspolitik, SPD-Parteitag Berlin 1979, Bonn 1980, Antrag 11, S. 18 zur Praxis-Relevanz, Verständlichkeit und finanziellen Absicherung der Friedensforschung; Antrag 60, S. 23 f zu einer Kommission für alternative Sicherheitspolitik; und Antrag 87, S. 37 zur Unabhängigkeit der Friedensforschung, damit der Spielraum für kritische und unbequeme Aussagen erhalten bleibt."

53 Vgl. zuletzt Alfred Mechttersheimer, Probleme und Perspektiven der deutschen Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren, Rede v. 14.2. 1981, in: Frankfurter Rundschau v. 10.3.1981, S. L Of, hier wird z.B. auch die Rüstungskontrollpolitik in Frage gestellt und eine neues europäisches Bewusstsein zur. Sicherheitspolitik gefordert.

54 Vgl. Eberwein/Reichel, a.a.O., S. 31 ff.; Hans-Günter Brauch, Abrüstung . . . , 8. Nordische Konferenz über Friedens-Forschung, in: DGFK-Informationen 1/1979, S. 35 f.f.; Peace Research in Nordic Countries,

in: Finnish Peace Research Association (Hg), Rauhaan Tutkien. Report on the 8th Nordic Conference on Peace Research, Turku o.J. (1979), S. 59ff.

55 Vgl. zur Problematik der Offiziersausbildung in diesem Zusammenhang jetzt Mathias Jopp, Militärische Bildungsreform und Demokratie: Idee und Wirklichkeit des Studiums an den Bundeswehrhochschulen, in Friedensanalysen 14, a.a.O. S. 167 f.f.; allgemein zum Problemkreis Militär und Gesellschaft Wilfried v. Bredow, Zeit der Gewöhnung. Bemerkungen über sozialwissenschaftliche Literatur zum Thema „Militär“ in der Bundesrepublik, in: Ralf Zoll (Hg), Wie integriert ist die Bundeswehr?, a.a.O., S. 234 ff.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/55-vorgaenge/publikation/friedensforschung-in-der-bundesrepublik/>

Abgerufen am: 23.02.2024